

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsabnehmern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatlich (inkl. Post) 2,50 M. (Halbmonatlich 1,25 M.), durch die Post bezogen monatlich 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-Alt. / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17 239 / Postfachkonto: Dresden Nr. 18 690, Dresdener Verlagsgesellschaft / Schriftleitung: Dresden-Alt., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 239 / Drahtnachricht: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwoch 16-18 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr

Anzeigenpreis: Die neunmal gebaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 0,25 RM. für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Reklamazeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Zeitschrift 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-Alt., Güterbahnhofstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang

Dresden, Dienstag den 4. Dezember 1928

Nummer 282

Überall Wahlerfolge der Kommunisten

Zusammenbruch der bürgerlich-sozialdemokratischen Täuschungsmanöver / Vormarsch in Thüringen und in der Tschechoslowakei / Reformistischer Verrat im Ruhrgebiet muß die Opposition verstärken / Kritische Lage in der Textilindustrie

Der Vormarsch der KPD in Thüringen

Dresden, 4. Dezember.

Entgegen anderslautenden Meldungen steht nunmehr etwamandfrei fest, daß die Thüringer Kommunisten in fast allen Orten bei den Gemeinderatswahlen die Reichstagswahlziffern überschritten haben. So eroberte die KPD in Ruhland, Tamhach-Dietrich, Elgersburg, Gersdorf, Kahlefeld und Delitzsch die Mehrheit gegen alle anderen Parteien. Da die kommunistischen Stimmen sich jedoch überall steigerten trotz allgemeinen Rückgangs der Wahlbeteiligung, wurden z. B. in Gera, Pöhlitz und Arnstadt die bisherigen rein bürgerlichen Mehrheiten gebrochen. In Sonneberg haben die Kommunisten ebenfalls starken Stimmenzuwachs zu verzeichnen, jedoch haben die Sozialdemokraten so außerordentlich verloren, daß die rein bürgerliche Mehrheit wieder vorhanden ist. Am stärksten ist der kommunistische Wahlerfolg in den Orten, wo die KPD schon vorher die größten Fraktionen hatte. Sehr interessant sind jedoch auch die wenigen Verlustpunkte, die bei den Gemeinderatswahlen austraten. Die Partei verlor nämlich nur in Jena und Gotha Stimmen. Das sind die Orte, in deren Parteileitungen die liquidatorischen Strömungen noch Boden haben.

Die Wahlen in der Tschechoslowakei

ermöglichen ebenfalls einen interessanten Einblick in die Auswirkung unserer Parteipolitik bei der Gewinnung breiter Massen. Trotz der außerordentlich heftigen Auseinandersetzungen in der tschechischen Bruderpartei, in der um die Durchsetzung der Politik des Weltkongresses noch gerungen wird, hat die tschechische Partei einen besonders großen Wahlerfolg zu verzeichnen. Keine Terrormaßnahme der Regierung, ebensowenig wie das Verbot der gesamten zentralen Parteipresse und der Wahlagitatorik der Partei konnte die Wahlkraft der Kommunisten verhindern. Die Partei hat nicht weniger denn 70 000 Stimmen gewonnen und ist trotz der Gewinne der anderen Oppositionsparteien nach wie vor die zweitstärkste Partei im Lande. Besonders wirksam wirkten die Versuche der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse, am gestrigen Tage ihren Lesern zu suggerieren, die Kommunisten hätten verloren. Besonders lächerlich machte sich dabei der Dresdener Anzeiger, der gestern noch „kommunistische Verluste“ meldete und ausdrücklich erklärte, daß von den Linksparteien prophezeite Aufbruch nach links sei ausgeblieben, heute dagegen wörtlich schreibt: „Erfolg bei den Wahlen, und dann mißvergnügt mitteilt:

„In Prag ist die sozialistische Mehrheit auf 60,2 vom Hundert gestiegen. Die Kommunisten haben wider Erwarten etwa 70 000 Stimmen gewonnen, so daß sie die zweitgrößte Partei bleiben. Man kann somit von einem ausgesprochenen Aufbruch nach links bei den Landtagswahlen in der Tschechoslowakei sprechen.“

Bezeichnend ist die Methode, die die Dresdener Volkszeitung anwendet, um die sozialdemokratische Niederlage in Thüringen zu verdecken. Sie berichtet von den Verlusten der Kommunisten in Gotha und in Jena, läßt sich jedoch mitteilen, daß die Kommunisten in fast allen übrigen Orten die Reichstagswahlziffern überschritten haben. Allerdings wird diese Methode Schiffbruch erleiden müssen, da ja in wenigen Tagen die einzelnen Resultate bekanntgemacht werden können. Daß die kommunistischen Erfolge keine „Zufälligkeiten“ sind, zeigt ein kleines, aber bezeichnendes Resultat der Gemeinderatswahlen in Sydow-Neu bei Stettin, das am vergangenen Sonntag sich ergab.

Dort stieg die Stimmenzahl der Kommunisten gegenüber den Nationalen von 159 auf 231, während die Stimmenzahl der SPD von 475 auf 374, die der Bürgerlichen von 606 auf 424 zurückging. Durch den kommunistischen Erfolg ist jetzt eine kommunistisch-sozialdemokratische Mehrheit im Gemeinderat entstanden.

Diese Resultate sind treffende Beweise für die Richtigkeit der Grundlinie der Politik der kommunistischen Partei und zerlegen die sozialdemokratische Argumentation von dem „unaufhaltbaren kommunistischen Bankrott“, gleichzeitig jedoch sind sie eine vernichtende Antwort auf die Argumente der liquidatorischen und verfallenen Gruppen in unserer Partei, die

ihre antibolschewistischen Vorläufe damit begründeten, daß in der Zeit der relativen Stabilisierung eine revolutionäre Politik den Aktionsradius der Kommunisten ununterbrochen einschränken müsse.

Diese Resultate sind treffende Beweise für die Richtigkeit für die Relativität dieser Stabilisierung, die mehr und mehr die Klassengegensätze verschärfen muß, sie unterstreichen

Der Dolchstoß an der Ruhr

Der Dreibund gegen die Arbeiter — Verrat um der Ministerposten willen — Jetzt erst recht: Masseneintritt in die Gewerkschaften zur Verstärkung der Opposition!

Berlin, 4. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.)

Unter der Überschrift „Der Dolchstoß der Reformisten“ schreibt die heutige Rote Fahne:

„Die deutschen Arbeiter werden den 2. Dezember 1928 als einen schwarzen Tag bezeichnen. An diesem Tage wurde im Interesse der Erhaltung der sozialdemokratischen Koalition in der deutschen Unternehmerrepublik unter dem Druck des ADGB und auf Veranlassung von Hermann Müller, dem sozialdemokratischen Reichsminister, in der Sitzung der Lohnkommission der ausgesperrten Hüttenarbeiter in Eisen mit 27 gegen 14 Stimmen beschlossen, die Arbeiter zu den alten Stufenbedingungen in die Hütten zurückzuführen und das Schicksal der Hüttenarbeiter vertrauensvoll in die Hände Severings zu legen.“

Die Rote Fahne vergleicht diesen Streik mit dem organisierten Streikbruch der ADGB-Bureaucratie gegenüber den Eisenbahnern 1922, der den Raub des Achtstundentages einleitete. Die Folgen des Verrats vom 2. Dezember können noch schwerwiegender sein, wenn nicht die gesamte Arbeiterklasse in geschlossenem Front den sozialdemokratischen Unternehmern und den reformistischen Gewerkschaftsverberbern in den Arm fällt.

Nach einer eingehenden Darstellung des Verlaufs des Hüttenarbeiterkampfes kommt die Rote Fahne zu dem Schluss, daß die sozialdemokratischen Minister deshalb den Kampf absetzten, weil das Bank- und Industriekapital mit der Sprengung der Koalition drohte. Die Grundlagen der Verständigung sind die Verlängerung der gegenwärtigen Arbeitszeit bis 1930, die Möglichkeit für den Abbau der Affordlöhne und Einführung anderer, die Arbeiterklasse bedrückender Maßnahmen.

Die Kampfleitungen entlarben den Verrat

Verstärkt die Opposition!

Essen, 4. Dez. (Eig. Drahtbericht.)

Die zentrale Kampfleitung der ausgesperrten Metallarbeiter erließ unmittelbar nach dem Bekanntwerden des Verratsbeschlusses folgenden Aufruf, der in Essen und im ganzen Kampfgebiet verbreitet wird:

Arbeitsbrüder! Kollegen!

Die reformistischen Führer des ADGB sind gemeinsam mit den christlichen und kirchlichen Gewerkschaftsbureaucratien den Weg des Verrats zu Ende gegangen. Severing, der berüchtigte Würger von Bielefeld, wird als Beauftragter der Stahlhölzer die Hungerperücke gegen euch schwingen. Selbst die 2. und 6. des Schlichtungsprozesses Joetens sind durch die reformistische Bureaucratie nach ihrem eigenen Eingeständnis preisgegeben worden. Die Koalitionsregierung gab den Abwürgungsbeehl, die Ministerjessell der Müller, Severing, Wissen und Hilferding waren die Bezahler für die arbeiterverräterische SPD-Führerschaft, die dafür eure Forderungen mit Füßen tritt. Severing, den das Ruhrproletariat seit 1919 im Andenken hat, diktiert: Arbeiternieberaufnahme zu den alten Löhnen, Aufrechterhaltung der Höhe des 10. und 12. Stunden-Lohnes.

Die Konferenz des ADGB — mit Ausnahme eines einzigen oppositionellen Kollegen — stellt keine wirkliche Vertretung der Metallarbeiterklasse vieler Industriegebiete dar. Diese seit zehn Jahren zusammengehobene Körperschaft muß sich an, über euer Schicksal, Metallarbeiter, zu entscheiden, ohne euch zu fragen.

weiter die Richtigkeit der Stellungnahme des Kongresses der Roten Gewerkschaftsinternationale u. des 6. Weltkongresses der Komintern zur Strategie in den Wirtschaftskämpfen und zur Verhärzung des Kampfes gegen Reformismus und Sozialimperialismus. Diese Erfolge müssen ein Ansporn für die Parteien der kommunistischen Internationale sein, auf der Basis dieser Beschlüsse weiter zu marschieren und dem verbündeten Gegner Kapital und Reformismus immer offener und schärfer entgegenzutreten und so den Boden zu lockern, auf dem die Saat des revolutionären Klassenkampfes aufgehen kann.

Viele Lehren gibt es für das Proletariat aus diesem Kampf zu ziehen. In aller erster Linie aber ist es, daß die Arbeiter verloren sind, wenn sie die Führung ihrer Kämpfe in den Händen der reformistischen Bureaucratie lassen.

In diesem Zusammenhang weist die Rote Fahne auf die aus der Mitte der Belegschaften gewählten Kampfleitungen hin, denen es gelungen ist, die Kampffront der Arbeiter zu sichern, Erfolge zu erzielen, Unterstützungen zu erzwingen und zweimal den reformistischen Verrat abzu schlagen. Nicht das Hüttenkapital mit seinem 90-Millionen-Fonds hat die Arbeiter besiegt,

die Arbeiter sind unterlegen dem Dreibund von Kapital, Unternehmer und reformistischer Bureaucratie.

Sie sind unterlegen den heimtückischen Plänen des Sozialdemokraten Hermann Müller und dem Verrat der ADGB-Führer.

Aber dieser Kampf ist ein neuer Ausgangspunkt zum Kampf der breitesten Arbeitermassen in Deutschland, gegen die Koalition, gegen das Schlichtungsdiplom und gegen die reformistische Praxis.

Durch einen Masseneintritt in die Gewerkschaften müssen die Arbeiter die Basis der revolutionären Gewerkschaftsopposition verbreitern, müssen sie die Voraussetzung schaffen für das Verdrängen der reformistischen Bureaucratie aus der Arbeiterbewegung und durch ein festes Zusammenstehen im Betrieb wie durch die Wahl revolutionärer Betriebsräte muß die Einheitsfront von unten werden, muß die Basis für den entscheidenden Durchbruchkampf gegen die Bourgeoisie und das reformistische Lafatentum geschaffen werden.

Die berufsmäßigen Arbeiterverräter in der Führung des ADGB denken nicht daran, euch zu betrogen oder gar eine Abstimmung vorzunehmen. Sie pfeifen auf den Willen der Metallarbeiter im Interesse der sozialdemokratischen Ministerjessell, der Koalitionspolitik und des arbeiterfeindlichen Schlichtungssystems.

Wenn sich trotzdem 17 Funktionäre gegen eine solche Kapitulation ansprechen, dann nur darum, weil sie unter Führung eurer selbstgewählten Kampfleitungen ständig neuen unerwartlichen Kampfeswillen zum Ausdruck gebracht haben und sie eure Abrechnung fürchteten.

Die zentrale Kampfleitung appelliert an euch, Metallarbeiter! Heber den weiteren Verlauf der Ruhrbewegung entscheiden allein die Belegschaftsversammlungen der Metallarbeiter!

Tretet sofort überall zusammen. — Gegen den verbrecherischen Verrat der reformistischen und christlichen Führung! Stellt Streikposten vor die Betriebe! Eure Forderung ist weder der Schlichtungsprozess Joetens, noch der Schlichtungsprozess Joetens, eure Forderungen sind:

15 H. Lohnsteigerung, Achtstundentag (dreiteilige Schicht) bei vollem Lohnausgleich.

Zeigt eure größte Geschlossenheit! Marchiert zu wichtigen Demonstrationen gegen den reformistischen Arbeiterverrat, gegen die Koalitionspolitik auf!

Es lebe der Kampf für die alten Forderungen! Es lebe die Geschlossenheit der proletarischen Kampffront!

Die zentrale Kampfleitung der ausgesperrten Metallarbeiter.